

Breslauer



Zeitung.

Nr. 322.

Mittwoch den 20. November

1850.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten, Fond-Course und Produkte.
Hamburg, 18. November, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Börse fest. Berlin-Hamburger 82, 81, 83. Köln-Minden 85, 86. Magdeburg-Wittenberge 46, 48.
Hamburg, 18. November, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreide fließ. Del. Kaffee unverändert. Zink 1750 Ctr. loco 9 1/2.
Stettin, 18. November, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen p. November 35 Br., p. Frühjahr 38 1/2 bez. und 3/4. Weizen p. November 11 1/2 Br. Spiritus 22, p. Frühjahr 20 Gid.
Wien, 18. November. Gestern traf ein außerordentlicher Courier mit wichtigen Nachrichten ein, welche einen langdauernden Ministerath veranlaßten. Das Steuererhebungsgezet ist mit 29 gegen 23 Stimmen angenommen worden.
Triest, 18. November. London 12, 20; Silberagio 24 1/2.

Uebersicht.

Breslau, 19. November. Die „Köln. Ztg.“ und die „Hamb. Nachr.“ machen uns mit dem Wortlaut der „Denkschrift des Herrn von Radowski gegen die Auflösung der Unions-Versaffung“ bekannt. Wir theilen die Denkschrift unter Berlin ausführlich mit und empfehlen sie dem Leser zur besonderen Beachtung.

Am 18. November ist zu Berlin Ministerath gehalten worden, in welchem über die Thronrede für die Eröffnung der preussischen Kammern (Donnerstag den 21. Nov.) beraten wurde.

Die Nachricht über einen Attentats-Versuch gegen den Minister v. Mantuffel hat sich — wie wir voraussetzten — ereignischer Weise in ein Nichts aufgelöst.

Die Berliner „Reform“ berichtet aus Frankfurt über die Pläne der Minister des Reichs zur Uebersetzung Deutschlands. Bayern soll die kurheffische Provinz Fulda, und Württemberg einen Theil von Baden erhalten. Ob Oesterreich mit Schlesien bedacht werden soll darüber schweigt noch der Korrespondent.

Die Stellung der österreichisch-bayerischen Truppen gegenüber den Preussen ist in Kurheffen noch dieselbe. Zwischen beiden Theilen ist nämlich ein Waffenstillstand eingetreten, der 24 Stunden vorher aufgekündigt werden muß. In und um (namentlich südlich von) Gersfeld steht General Tegen, in Friedewalde General Ratzwill und in Wacha General Gröben. Das preussische Corps steht sich demgemäß über Kurheffen durch und stützt sich namentlich auf das in Weimarschen belagerte Hauptcorps des Generals Gröben. Ueberhaupt sollen im Thüringischen gegen 30 preussische Bataillone bereit stehen, um auf den ersten Wink in Kurheffen einzutreten.

Der Druck, welcher durch die Einquartierung bayerischer Truppen im Fuldischen ausgeübt wird, soll kaum mehr auszuhalten sein. Wir schäffern kennen die Herren Bayern noch von 1806 her.

Die Stimmung in Kassel soll in Folge der, von der Berliner „Reform“ proklamirten preussischen Politik eine sehr gedrückte sein. Doch nicht allein die wackeren Hessen, sondern auch die mit ihnen unglücklich verbrüderten preussischen Truppen fühlen den tiefsten Schmerz über diese Politik. Letztere wollen solche gar nicht für möglich halten.

Die Kämpfungen in Bayern gehen, so weit das Geld langt, immer fort. Auch österreichische Truppen sind zum Durchzuge wieder angemeldet. Das erste bayerische Armee-corps wird seine Stellung zwischen der Donau und dem Main nehmen, und zwar so, daß der rechte Flügel sich an Würzburg, der linke sich an Ulm anlehnt. Man will auf diese Weise Front gegen das preussische Corps bei Mannheim machen. Den württembergischen Truppen traut man nicht, man mittelt bei ihnen Sympathien für Preußen. Ein österreichisches Armee-corps wird sich bei Nördlingen aufstellen.

In Württemberg befindet sich der Konflikt immer bedenklicher. Die Regierung hat bekanntlich den alten sächsischen Ausschuss zusammenberufen, doch wird dieser dem Rufe keine Folge geben. Die Mehrzahl nämlich der von der früheren zweiten Kammer gewählten Mitglieder dieses Ausschusses hat die Einberufung abgelehnt. Die Mitglieder der ersten Kammer dürfen sich freilich einfinden.

Die zweite Kammer zu Karlsruhe hat am 14. November eine Adresse an den Großherzog beschlossen, in der folgende Stelle vorkommt: Die zweite Kammer bittet die großherzogliche Regierung: „Zur Wahrung des öffentlichen Vertrauens und zur Sicherung des Rechtes auf Erfüllung der von Preußen aus dem Bündnißstatut vom 26. Mai 1849 übernommenen Verpflichtungen, ohne Verzug durch unzweideutige Handlungen darthun zu lassen: Daß Baden in Treue und Redlichkeit entschlossen ist, nach wie vor mit Preußen und mit den mit ihm verbündeten deutschen Staaten so lange zusammen zu gehen, als sie die Zwecke des Bündnißstatuts vom 26. Mai 1849 aufrecht erhalten.“

In der Kammer zu Wiesbaden wurde das Nassauische Ministerium gefragt: ob es gegen den Einmarsch preussischer Truppen protestirt habe? Der Minister antwortete hierauf, daß diese Nachricht schon in den nächsten Tagen thatsächlich widerlegt werden würde. (Es sollen nämlich die in Baden stehenden preussischen Truppen in das Nassauische ziehen.) Bei dieser Gelegenheit wurde auch berichtet, daß Nassau Treu und Glauben halten und bei dem Bündniß vom 26. Mai 1849 verharren werde.

Das schleswig-holsteinische Meer antwortet auf das Ansuchen des Bundestages: die Waffen zu strecken — dadurch, daß es den Dänen fast täglich Gesichte liefert. Freilich vorläufig nur Vorpostengefechte; nach Eintritt des Frostes aber soll es ernstlicher losgehen.

Preußen.

Breslau, 18. Novbr. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der französischen Republik bei Allerhöchster Hof-lager, v. Persigny, gestern Mittag im Schlosse zu Potsdam in einer Privat-Audienz zu empfangen und aus den Händen desselben das Schreiben des Präsidenten der französischen Republik entgegenzunehmen, wodurch er von dem hiesigen Gesandten-Poten abberufen worden ist.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Allerhöchst-dero General-Adjutanten, den General der Kavallerie, Grafen v. Rostk, zum Gesandten in außerordentlicher Mission bei Sr. Maj. dem Könige von Hannover zu ernennen.

Auf den von Sr. Majestät dem Könige genehmigten Vorschlag des Kapitels des Luise-Ordens ist dieser Orden an nachstehende Damen verliehen worden: 1) in Gemäßheit der Stiftungs-Urkunde des Luise-Ordens vom 3. August 1814:

dem Fräulein Karoline Henriette Jungnick zu Brunow bei Neustadt-Gersdorf; der Ehefrau des geheimen Medizinal-Rathes Lichtenstein, geborenen Götze, zu Berlin; dem Fräulein Charlotte Auguste Kaproth zu Koblenz; der Frau Witwe Nidel, geborenen Kamzow, zu Pfaffenberdorf bei Egnitz; der Frau Witwe des Ober-Berg-Rathes Schulze, geborenen Naglo, zu Gelnau; der Ehefrau des Apothekers Waltersdorf, geborenen Schrader, zu Marienwerder; dem Fräulein Karoline Luise Wilhelmine Wolter, zu Thale bei Duedlinburg; der Ehefrau des geheimen Regierungs-Rathes Wasserschleben, geborenen v. Rappard, zu Berlin; der Ehefrau des geheimen Rathes Dr. Zemplin, verehelicht gewesenen v. Lehrentheil, geborenen v. Gruttschreiber, zu Vordorf bei Döhlau;

2) in Gemäßheit der Erweiterungs-Urkunde des

Luise-Ordens vom 15. Juli 1850: der Ehefrau des Gutsbesizers v. Rappard, geborenen Freiin v. Massenbach, zu Pinn in Großherzogthum Posen; dem Fräulein Wilhelmine Karoline Bernadine Sophie v. Brandenstein, Tochter des Obersten v. Brandenstein, zu Münster.

Ihre königlichen Hoheiten die Frau Prinzessin Karl

v. Preußen und Höchstere Tochter, die Prinzessin Luise

v. Preußen, sind von Weimar zurückgekehrt.

Bei der heute beendigten Ziehung der 4. Klasse 102. königlichen Klassen-Lotterie fiel ein Gewinn von 2000 Rthl. auf Nr. 42,429 nach Breslau bei Schreiber; 15 Gewinne zu 1000 Rthl. auf Nr. 3324, 4872, 5002, 27,576, 37,740, 39,166, 43,461, 44,830, 49,516, 49,796, 53,266, 54,610, 56,015, 62,410 und 66,093 in Berlin 2mal bei Mevius und 2mal bei Seger, nach Eberfeld bei Heymer, nach Erfurt bei Tröster, Graubenz bei Lachmann, Halle 2mal bei Lehmann, Königsberg in Pr. bei Sieburg, Königsberg bei Schwarz, Mühlhausen bei Blachstein, Neumarkt bei Wierig, Wittenberg bei Haberland und nach Wriegeln bei Pätzsch; 16 Gewinne zu 500 Rthl. auf Nr. 1110, 4538, 12,168, 13,532, 16,526, 17,799, 20,946, 29,327, 32,507, 36,250, 43,271, 45,200, 62,372, 65,958, 70,654 und 71,654 in Berlin bei Mevius, bei Waller, 2mal bei Burg und bei Waddorf, nach Aachen bei Lepp, Breslau bei Schreiber, Delfeld 2mal bei Spag, Halberstadt bei Süßmann, Halle bei Lehmann, Jüterbog bei Apponius, Naumburg bei Vogel, Ostrow bei Wehlau, Ratibor bei Samojel und nach Stettin bei Scholow; 33 Gewinne zu 200 Rthl. auf Nr. 618, 1124, 2851, 4756, 8622, 11,112, 13,192, 20,010, 22,218, 23,409, 25,455, 30,139, 30,744, 41,757, 42,445, 42,577, 44,210, 48,500, 51,084, 51,368, 52,328, 53,656, 57,791, 58,743, 60,712, 64,617, 66,365, 66,704, 66,938, 68,290, 69,789, 74,197 und 74,234.

Die Denkschrift des Herrn von Radowski vom 18. Aug. 1850, gegen die Auflösung der Unions-Versaffung.

(Königliche Ztg.)

Die deutsche Politik der preussischen Regierung hat einen Wendepunkt erreicht, von dem aus es von bedeutendem Interesse sein dürfte, auf den Anfang der Differenzen, welche darüber im Staats-Ministerium noch vor Kurzem obwalteten haben, zurückzugehen. Wir freuen uns, unsern Lesern zur Erklärung der jüngsten Ereignisse eine Denkschrift des Herrn v. Radowski, welche den Widerstand gegen die österreichischen Forderungen in klarer Weise angethan hatte, im Folgenden mittheilen zu können. Diefelbe lautet:

„Die Frage über das Verhalten Preußens zu der Unions-Versaffung ist gegenwärtig in erster Linie getrennt. Ich habe meistentheils nicht in Abrede gestellt:

daß die Versaffung vom 28. Mai 1849, wenn sie jetzt definitiv ins Leben tritt, derjenigen Modifikationen bedürfte, welche aus dem verringerten Umfange der Union erwachsen.

Ich habe ferner hervorgehoben:

daß es nothwendig sei, einen richtigen, durch den gesammten Gang der deutschen Angelegenheiten bedingten Zeitpunkt zu wählen, um den Uebergang aus dem jetzigen provisorischen Zustande in die definitive Gestaltung der Union zu bewirken.

Bis jetzt durfte ich voraussetzen, daß diese Grundansicht die allseitige Billigung für sich habe. Seit kurzem ist diesem jedoch die Auffassung entgegen getreten:

daß die Unions-Versaffung, in so fern sie einen deutschen Bundesstaat mit parlamentarischer Regierung darstelle, an und für sich bedenklich und insbesondere für Preußen nachtheilig sei.

Diese Ansicht ist nicht neu; eine bekannte politische Partei in unserm Lande hat sie seit mehr als Jahresfrist unablässig ausgesprochen und in diesem Sinne rastlos gewirkt.

Die königliche Regierung hingegen fand einer solchen Auffassung entschieden fern; alle ihre Handlungen von den ersten Verhandlungen mit den deutschen Regierungen, durch die lange Reihe der Erklärungen in den preussischen Kammern und dem Erfurter Parlamente hindurch, bis zu den Aeußerungen in dem Fürstlich-Kongresse legen Zeugnis ab, wie die preussische Regierung ihre Stellung zu dieser großen Frage aufgefaßt hat.

Wenn daher gegenwärtig die entgegengesetzte Ansicht hervorgetreten ist, so kann es sich nicht mehr darum handeln, was von dem früheren Standpunkte aus zu geschehen habe, sondern nur um eine durchgreifende Aenderung in der gesammten Politik Preußens in der deutschen Frage überhaupt. Weder eine sorgsame Abwägung der durch den jetzigen Umfang der Union geforderten Modifikationen der Versaffung, noch die Untersuchung über den richtigen Moment und den ordnungsmäßigen Weg hierzu steht dann noch in Frage, sondern man würde mit Recht verlangen, daß die schädliche und gefährdende Versaffung in kürzester Frist und auf dem nächsten Wege aufgehoben werde.

Seit anderthalb Jahren wurde von mir gefordert, daß ich in der deutschen Angelegenheit meine Ueberzeugung und die hieraus fließenden Folgerungen stets unumwunden darlege; ich werde da

her diese Pflicht auch in dem gegenwärtigen Augenblicke zu erfüllen haben.

Die Ansicht, daß die Unions-Versaffung vom 28. Mai 1849 an und für sich verwerflich und insbesondere für Preußen nachtheilig sei, kann ich in keiner Weise als richtig anerkennen.

Obne in Einzelheiten einzugehen, gestatte ich mir, an die Grundgedanken zu erinnern, von welchen die königliche Regierung auf ihrem bisherigen Wege geleitet worden ist. Es ist eben so höhere Pflicht, als politisches Gebot, daß Deutschland aus seinem jetzigen Zustande heraus zu einem wahrhaften nationalen Gemeinwesen geführt werde. Die hierauf gerichteten Forderungen der Nation, wie viel Verheißtes und Unmögliches sich auch damit vermischen mögen, sind gerecht, und es ist Pflicht der deutschen Regierungen, sie zu erfüllen. Dasselbe wird auch von jeder politischen Auffassung geboten, die sich über das gewöhnliche Tageswerk erhebt. Der Aufruf kann und muß durch materielle Gewalt niedergeworfen werden, die Revolution aber wird nicht durch Bajonnette und Kanonen geendet, sondern nur durch gerechte und heilsame Institutionen.

Die Aufgabe, die hier vorliegt, kann nicht durch die Umwandlung des bisherigen ungenügenden Staatenbundes in einen Einheitsstaat gelöst werden; ein solches Beginnen wäre rechtswidrig und es ist unmöglich. Daher bleibt nur die Form des Bundesstaates, eine politische Verbindung, in welcher jedes Glied Opfer an seiner Unabhängigkeit zu bringen hat, aber nur so viel als wirklich erforderlich ist, um eine wahre Central-Gewalt zu schaffen. Die Mission, diese allen Gliedern heilsame Umwandlung in rechtem Wege zu bewirken, ist Preußen zu Theil geworden, und hiermit zugleich die Aufgabe, den deutschen Bundesstaat innerhalb des bisherigen völkerechtlichen Bundes so zu ordnen, daß Oesterreich seine Stelle in letzterem unverändert erhalten werde.

Daß die von Deutschlands Wohl geforderte Bildung des Bundesstaates für Preußen nachtheilig sein würde, kann ich von meinem Standpunkte aus nur durchaus verneinen. Was Deutschland wahrhaft heilsam ist, kann und wird Preußen nie schädlich sein; von dieser untrennbaren, über alle Einzelheiten hinausragenden Ueberzeugung geht allerdings die politische Linie aus, welche bisher befolgt worden.

Aber auch die Einwürfe, welche sich unmittelbar an den Versaffungsentwurf vom 28. Mai knüpfen, erscheinen mir unhaltbar. Nicht als wenn hierin nicht noch Vieles zu wünschen bliebe, damit der Bundesstaat an Haupt und Gliedern nach innen und außen in voller Kraft bestünde, aber die Grundlagen: das Verhältnis der großen Gewalten des Bundesstaates unter einander und zu dem Centrum, werden durch diese, auf ferneren legalen Wegen zu erstrebenden Verbesserungen nicht berührt. Was insbesondere die parlamentarische Regierung betrifft, so ist für jeden Bundesstaat schlechthin unentbehrlich, sie ist es doppelt für einen solchen, der aus monarchischen Gliedern besteht; denn nur durch das Zusammenwirken der einheitlichen Exekutivgewalt mit einem Gesamtparlament ist den partikularistischen Widerstreben das Gegengewicht zu sichern, und daher ein wahres Gemeinwesen zu gründen.

Am unhaltbarsten erscheint mir der Einwand, daß Preußen sich noch eher den parlamentarischen Anforderungen habe hingeben können, wenn der Bundesstaat ganz Deutschland aufgenommen hätte, als jetzt, wo er zunächst nur einen Theil desselben umfasse. Wenn Preußen wirklich Schaden litte durch eine bundesstaatliche Einigung mit anderen Staaten, so müßte umgekehrt dieses Bedenken in demselben Maße wachsen, als seine Quote in der parlamentarischen Regierung eine verhältnismäßig geringere gegen die der übrigen Staaten würde. Daß die Versaffung vom 28. Mai für die politische Weltstellung Preußens und seine innere Macht solche Beforgnisse nicht einzuführen braucht, hierfür möchte überdies statt anderer Beweise schon der indirekte genügen, daß eben diese Versaffung bekanntlich der Hauptgegenstand des bis zum äußersten gesteigerten Hasses derjenigen Hefe ist, welchen Preußens Weltstellung und Macht sicher nicht am Herzen liegt.

Dieses waren die Vorderfasse, welche allen politischen Handlungen der königlichen Regierung auf ihrem bisherigen Wege zu Grunde lagen; daß dieser Weg noch fern ab vom Ziele geblieben ist, leuchtet ein. Welche inneren und äußeren Ursachen hierzu zusammengekommen haben, ist nicht nothwendig, näher vorzulegen. Wie aber auch dabei Schuld und Nichtschuld abgewogen werden möge, Preußen kann das Unmögliche nicht möglich machen, den Bundesstaat nicht in dem Geiste und in dem Umfange jetzt hinstellen, in welchem er verlangt wird. Aber das, was Preußen kann und wozu es daher nach meiner Ueberzeugung auch im höchsten Sinne des Wortes verpflichtet ist, das ist, daß es das als wahr, als heilsam, als gerecht Erkannte unumwandelbar als seine Aufgabe festhält, daß es alle seine Kräfte daran setzt, diesem hohen Ziele näher zu rücken, wie groß auch die Hindernisse, wie langsam auch der Fortschritt bliebe. Niemand kann die politische Ehre Preußens, das höchste Gut seines Königshauses und seines Volkes, dadurch gefährdet erachten, wenn er das in einem gegebenen Momente schlechthin Unausführbare nicht ausführt. Aber Jeder kann verlangen und erwarten, daß Preußen sich hiedurch nicht seiner übernommenen Pflichten, die über den Moment weit hinausreichen, entledigt erachte.

Wenn ich mich von diesen allgemeinen Betrachtungen, die dem speziell vorliegenden Fall wende, so muß ich wiederholen, daß ich weder den jetzigen Zeitpunkt, noch die vorgeschlagene Weise für geeignet erkenne, um die Unions-Versaffung aufzulösen.

Zunächst bin ich nicht im Stande, einen anderen realen Beweggrund zu einem solchen Verfahren aufzufinden, als den Wunsch, hiedurch zu einer Vereinbarung mit Oesterreich zu gelangen. Allerdings ist nicht zu bezweifeln, daß der Hauptzweck des Anstosses hiedurch gehoben und also die Bahn zu ferneren Verhandlungen gebrochen sein würde. Eben diese Erwägung ist es aber, nach welcher mir das vorgeschlagene Verfahren als völlig unzulässig erscheinen muß. Oesterreich hat die Forderung auf Auflösung der Unions-Versaffung noch vor Kurzem gestellt; es ist allgemein bekannt, daß dies stets seine oberste Bedingung gewesen ist und bleiben wird. Diefem Verlangen Genüge zu leisten, ist daher für Preußen eine Art politischer Unterordnung, der erste Schritt zu dem Untergange unserer Stellung in Deutschland.

Die aufgestellte Behauptung, Preußen thue diesen Schritt nicht weil, sondern ungeachtet Oesterreich ihn gefordert, kann und wird nirgends Eingang finden. Niemand wird glauben, daß das Zusammentreffen dieser Handlung mit der österreichischen Forderung ein zufälliges sei, sondern darin lediglich das Aufgeben der deutschen Sache, den Anfang eines Ueberganges in das feindliche Lager erblickt.

Auch dadurch, daß dem Aufgeben der Unions-Versaffung eine Erklärung Preußens über die Nichtbeschädigung des Bundesstaates vorangehen werde, wird hierin nichts Wesentliches geändert. Dem ersten Schritte auf dieser neuen Linie müssen und werden die andern folgen; ich enthalte mich aller ferneren Andeutungen hierüber; aber es wird sich bald genug zeigen, daß man selbst bei dem redlichsten Willen nicht in einem doppelten Systeme zugleich Fuß fassen kann.

Wenn ich daher den möglichen Vortheil des beabsichtigten Schrittes in Abrede stellen muß, so treten die Nachteile desselben desto unzweifelhafter ans Licht.

Die Demüthigung, welche hieraus für Preußen erwachsen wird, habe ich oben berührt; eine schmerzliche Aufregung und tiefe Entnuthigung derjenigen wahren Patrioten, die über den allernächsten Gesichtskreis hinaus zu blicken vermögen, würden deren sichere Folge sein. So wenig diejenigen Berücksichtigung verdienen, die da stets bereit sind, jeden dargebotenen Stoff zu gebührender Dpposition gegen die Regierung zu benutzen und auszubuten, um so beklagenswerther würde es sein, in deren Reihen auch die große Zahl derer zu erblicken, welche nichts inniger wünschen, als den Handlungen ihrer Regierung mit Vertrauen und Hingebung entgegen zu kommen. Und dieses Schauspiel würde leider nicht ausbleiben.

Abgesehen von diesen bedeutungsvollen Gründen jeder wahren preuss. Politik, darf ich aber auch nicht unausgesprochen lassen, daß ich unsere Regierung nicht für befugt ererkenne, die Unionsversaffung aufzuheben. Durch Uebereinkunft mit sämmtlichen unierten Regierungen wäre allerdings diesen gegenüber der mit ihnen in Bezug auf die Versaffung bestehende Vertrag zu lösen. Schon diese Voraussetzung wird jedoch schwerlich eintreffen; mehrere der unierten Regierungen werden aller Wahrscheinlichkeit nach sich nicht berechtigt halten, von der Unionsversaffung zurückzutreten oder sie durch ein bloßes Bündniß zu ersetzen. Wenn Preußen aber ohne deren freie Zustimmung von der Union zurückträte, so würde es sich genau desselben Rechtsbruches schuldig machen, wegen dessen jetzt noch gegen Hannover und Sachsen die von uns angebrachte Klage schwebt.

Neben diesen Vertrags-Verhältnissen zu den Regierungen steht aber unser Verhältnis nicht bloß zu dem eigenen preussischen Volke und den Angehörigen der unierten Staaten, sondern auch zu der deutschen Nation selbst. Auch dieses hat einen doppelten Charakter: den rechtlichen und den moralischen.

Die Versaffung ist von Preußen vorgelegt, von einem hierzu einberufenen Parlamente mit Verbesserungsvorschlägen angenommen worden. Preußen und die unierten Regierungen haben wiederum diese Verbesserungen angenommen. Keiner von beiden Theilen kann dieses Rechtsverhältnis einseitig auflösen. Die Versaffung kann aus politischen Gründen in einer bestimmten, selbst in einer langen Zeit vielleicht nicht zur Ausführung gelangen, aber aufgehoben kann sie ohne Bestimmung des anderen Kontrahenten nicht werden.

Noch weit höher muß ich die moralische Seite dieses Verhältnisses anschlagen. Man blicke zuerst auf den gesammten Gang Preußens von dem 3. April und der königl. Proklamation vom 15. Mai 1849 an, durch die zahlreichen amtlichen Kundgebungen hindurch bis zu den jüngsten Worten am Fürstlich-Kongresse. Was in so feierlicher und bindender Weise zugesagt worden ist, das kann aus materiellen Gründen in einem gewissen Zeitraume unerfüllt bleiben müssen, wenn die Unmöglichkeit vorliegt. Aber die moralische Verpflichtung kann nie erlöschen, daher nie das eigene Werk mit eigenen Händen zerstört werden. Was Preußen in der Gegenwart nicht vermag, das bewahre es unverfehrt und ungemindert einer besseren Zukunft, die nicht ausbleiben wird, wenn wir uns ihrer würdig erhalten.

Man täusche sich auch nicht damit, daß man die Unionsversaffung durch etwas Anderes, Genügendes ersetzen wolle und werde. Es ist mehr als zweifelhaft, daß die treu geliebten Regierungen sich einem bloßen Bündnisse, das ohne innere Nothwendigkeit in einem Augenblicke wie der jetzige an die Stelle der Unionsversaffung treten, durchweg anschließen würden. Aber auch wenn dieses geschehe, so hätte eine solche Staatsgruppe gar kein Interesse für die nationalen Sympathien und Bedürfnisse. Alle unsere Gegner würden vielmehr in einem derartigen Ausgange der großen Bewegung nur die Befestigung der rassistischen wiederholten Verdrängung erblicken, daß Preußen bei seinem ganzen deutschen Wege nichts gesucht habe, als eigene Machtvergrößerung.

Aus diesen Vorderfassen, von deren Wichtigkeit ich auf das tiefste durchdrungen bin, kann ich bei keiner anderen Schlussfolgerung anlangen, als daß es durchaus uneratham sei, zur Auflösung der Unionsversaffung Schritte zu thun, daß vielmehr Preußen durch Pflicht und Vernunft darauf angewiesen sei, fest und unwandelbar nach seinem bisherigen Ziele zu streben, unbelästigt um die Drohungen der Einen, die Verlockungen der Anderen und die Verdrängungen der Meisten.

Breslau, 18. August 1850. (gez.) v. Radowski.

Breslau, 18. November. Heute Vormittag fand auf dem Schlosse Bellevue vor Sr. Majestät dem Könige ein Ministerath statt, in welchem die Thronrede beraten wurde.

(D. Ref.)
[Die Adresse des konservativen konstitutionellen Central-, Wahl- und Hülfvereins], deren wir bereits in unserm Sonntagsblatte gedachten, lautet wie folgt:
Allerhöchster König! Großmächtigster!

Mächtig und gemäßigt! Ew. königl. Majestät! Auf: Zu den Waffen! durch alle Gauen des theuren Vaterlandes gebungen, und die Begeisterung des ganzen Volkes hat ihm geantwortet. Kampfbereit allen Preussens Söhne zu den Fahnen, begleitet von den Segenswünschen ihrer Väter und Brüder, die sich wohl bewußt sind, daß schwere Opfer jeder Art auch der Zurückbleibenden warten, wenn der erste Kampf entbrannt. Aber sie alle sind be-

als eine europäische Angelegenheit betrachten werde. Die französischen Gesandten in Wien und Berlin sollten demnach Dredde erhalten haben, das ganze Gewicht ihrer offiziellen Stellung dagegen geltend zu machen, daß Österreich und Preußen wegen sekundärer Interessen eine europäische Konvulsion hervorgerufen.

Auf diese Mitteilung des „Globe“ erwiderte heute die halb-öffentliche „Patrie“, daß das französische Kabinett allerdings Vorstellungen in Wien und Berlin gemacht hat, um zwischen den beiden Großmächten Deutschlands eine Ausgleichung herbeizuführen. Allein hierbei seien auch die Instruktionen des hiesigen Kabinetts stehen geblieben und die Gesandten hätten keinerlei andere Instruktionen erhalten. „Das französische Gouvernement“ fügt die Patrie hinzu, „kann nicht den Frieden durch den Krieg wollen.“

Eine „allg. Korresp.“ bringt die Nachricht, daß der sardinische Minister Saccardi den Kammern ein Gesetz vorlegen will, welches die in Frankreich und Belgien bereits bestehende Bestimmung ausdehnen soll, daß die katholische Religion nicht Staatsreligion sei, sondern die der Majorität der sardinischen Staaten. Dasselbe Gesetz soll auch gewisse Strafbestimmungen gegen Kirchenverbrechen aufheben. In Folge dessen soll der neue französische Gesandte für Turin, Herr v. Butenval, Dredde erhalten haben, sich sofort auf seinen Posten zu begeben.

Provinzial-Beitung.

* Breslau, 19. Novbr. [Eine Stimme aus unserer Stadt], welche besondere Beachtung verdient, da sie jedenfalls von amtlicher Stelle in Breslau ausgegangen ist, läßt sich in der C. C. wie folgt, vernehmen:

„Breslau, 19. Nov. Mit dem gestrigen Tage, dem 13ten, ist die große Maßregel der Mobilmachung in dieser Provinz als beendet anzusehen. Sämtliche Mannschaften der Reserve und der Ersatztruppen, die Landwehrmänner ersten und zweiten Aufgebots und die Trainfolgenden, sowie sämtliche Pferde für die Linie und die Landwehr-Kavallerie sind gestellt. Die neuen Söhne des Vaterlandes haben bereits, mit den Waffen in der Hand und treu ihrem Eide, des Rufes, der sie für die Ehre des Vaterlandes und ihres preussischen Namens in den Kampf führen soll. Auch die bestorganisirte Vorbereitung wurde ein ähnliches Resultat zu erreichen nicht vermocht haben, wenn nicht der alte preussische Geist den Behörden auf mehr als halbem Wege entgegengekommen wäre. An mehreren Orten ist der Andrang von Freiwilligen so groß gewesen, daß den Wünschen nur zum kleinsten Theile entsprochen werden konnten. Die Haus und Hof und Familie verlassenden Landwehrmänner des 2ten Aufgebots sind ihren jüngeren Waffengefährten in keiner Weise nachgekommen; die tüchtigsten und erhabensten Beispiele kampfmüthiger Bereitwilligkeit treten zahlreich unter ihnen hervor. Es ist eben die Nation, die sich erhebt. Muth und Energie erzeugen nur die Friedenserwartungen, weil man die Zeit der Zugeständnisse für überlebt erachtet, weil man von einem Preußen in Waffen die Entfaltung nationaler Selbstständigkeit gewöhnt. Auch der letzte Tagelöhner, der freudig Haus und Familie verlassen und die Waffen in die Hand genommen, sucht in einem sichtbaren, im verständlichen Erfolge den Lohn für seine Bereitwilligkeit. Ein Frieden ohne Kampf, würde ein politisches Unglück für das Vaterland sein.“

§ Breslau, 19. Novbr. [Konstitutionelle Bürger-Reffource.] Die Erörterung der Tagesfragen wurde gestern in demselben Sinne fortgesetzt, in welchem sie zu Anfang der Krisis begonnen hatte. Herr Direktor Wissowa hielt einen längeren Vortrag, worin die politische Verwirrung der Gegenwart und die unentschiedene Haltung des preussischen Kabinetts scharf beleuchtet wurde. Der Redner sprach die Befürchtung aus, daß die Mobilmachung des Heeres nur als eine Demonstration dienen solle, um die mit allgemeiner Unzufriedenheit aufgenommenen Beschlüsse des 2. November durchzuführen. Für diesen Preis müsse man die Opfer, welche die Rüstung des gesamten Heeres erfordere, viel zu hoch anschlagen. In Preußen habe man den Befehl zur Mobilisirung der Armee mit größter Begeisterung aufgenommen, während dessen Gegner in ihren eigenen Ländern durch dieselben militärischen Maßnahmen nur Mißstimmung erregten. Das preussische Volk sei einig, wenn es gelte, die Ehre des Vaterlandes zu schützen. Aller Parteisinn verschwinde vor der großen Idee, welche schon in den Jahren 1813 und 14 die preussische Jugend unter die Fahne ihres Königs rief. Anstatt daß die Regierung sich nun dieser Stimmung bemächtigen und durch dieselbe gehoben und getragen den Anmaßungen fremder Mächte gegenüber eine feste Stellung einnehmen sollte, hege dieselbe ein unberechtigtes Mißtrauen gegen die Bewegung, welche sich im eigenen Volke kundgebe. Sie unterhalte in einem Augenblicke, wo das ganze Land den Krieg mit enthusiastischem Jubel begrüßen würde. Hierzu komme noch das Zusammentreffen von Umständen, welches mit Recht auf die Nachgiebigkeit der bismarck'schen Regierung schließen lasse. Österreich habe die Zurückziehung der preussischen Truppen aus Hamburg verlangt, sie seien zurückgezogen. Österreich habe ferner die Zurückziehung der Preußen aus Baden verlangt: sie seien auf dem Rückmarsche begriffen. Endlich berief sich der Redner noch auf die Adresse der Berliner Konservativen, welcher dieselben Beschlüsse zu Grunde liegen. Ein Auszug des Altentstimmten wurde verlesen und mit allgemeinem Applaus aufgenommen. (Den Wortlaut der Adresse s. oben).

Herr Rüdhardt erklärte, daß die Bewegungen der letzten Jahre die Regierung vorfristig gemacht haben. Wenn (!) sich dieselbe überzeugt haben werde, welcher Unterschied zwischen der jetzigen Begeisterung und derjenigen der jüngsten Vergangenheit herrsche, dann könne dieselbe keinen Augenblick mehr zögern, sich auf die Macht zu stützen, welche ihr ein einziges Volk gewähre. Aus allen Berufsgruppen strömen die Wehrpflichtigen mit selbsteropferungsfähiger Herbe, um sich in die Regimenter einzuweisen zu lassen. Kein Laut der Klage, keine Miene der Unzufriedenheit. Selbst das Landvolk theile diese begeisterte Stimmung. Unter solchen Auspizien dürfe man der Zukunft ruhig entgegenzusehen.

Herr v. Frankhen glaubte wiederum die Schritte der Regierung vom strategischen Standpunkte aus rechtfertigen zu können. Binnen wenigen Tagen werde die preussische Armee in einer Stärke von 400,000 Mann schlagfertig sein. Dann könne man den fremden Anmaßungen gegenüber mit Entschiedenheit auftreten. Verbarre Österreich bei seiner Politik, dann sei ein Krieg, dafür spreche selbst die Stimmung der höheren Offiziere, unvermeidlich.

Andere Sprecher verwiesen auf den nahe bevorstehenden Zusammentritt der Kammern und glaubten von diesen die würdige Vertretung der preussischen Politik erwarten zu dürfen. Zur Ausführung des in der letzten Versammlung gefassten Beschlusses, in Betreff der Beiträge zu einer freiwilligen Anleihe, wird der Vorstand ein Komitee aus seiner Mitte ernennen, welches die nöthigen Vorarbeiten in die Hand nehmen soll.

Um die Mittel kennen zu lernen, welche die Unterstützung der Familien ausrückender Linien-Militärs erfordern, wird sich der Vorstand schriftlich an die Kommandos der einzelnen Truppentheile wenden, über die den Familien der Landwehrmänner zu gewährenden Beiträge aber mit den hiesigen Behörden in Verbindung treten, welche für denselben Zweck bereits 1000 Thaler ausgesetzt haben. Hat auch der Krieg noch nicht begonnen, so

sind doch schon viele Ernährer der Familien von hier abgerückt; die Wohlthätigkeit wird somit bald ihr Werk üben müssen.

Im Fragekasten fand sich ein Zettel, betreffend das ungehörliche Verhalten der Hausbesitzer, daß ihre Miether mit ihnen die Last der Einquartierungen theilen sollen.

§ Breslau, 19. Novbr. [Polizeiliche Nachrichten.] Am 17. d. wurde auf dem hiesigen Ledermärkte zwei Lederfabrikanten aus Striegau ein Paar braune Kalbfelle, im Betrage von circa 24 Mthl. gestohlen. Verdacht wird auf zwei Männer geworfen, welche sich mehrere Stunden an der Verkaufsstätte aufhielten und den mit Aufsicht des Ladens beauftragten Hauswärters Wittwer durch Ankauf eines Stückes Sohlenlebens zu beschuldigen gerufen hatten.

Vorträge zur Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnis in größeren Kreisen.

Man kann es nur mit Dank anerkennen, daß die schlesische Gesellschaft für vaterländische Kultur dem Publikum Gelegenheit verschafft, seinen Ideenkreis durch wissenschaftliche Erkenntnis zu erweitern. Die ehrenwerthe Gesellschaft erfüllt damit übrigens eine Pflicht, die der Geist unseres Jahrhunderts von jedem Bürger der Wissenschaft gebieterisch fordert. Die ganze Entwicklung der modernen Weltanschauung drängt darauf hin, alle unsere Verhältnisse, die staatlichen wie die sozialen, auf dem realen Boden einer reifen und allgemeinen Erkenntnis zu begründen. Die seit der ersten französischen Revolution locker gewordenen Bande der Gesellschaft sind wieder durch mittelalterliche Mystik, noch durch die leichte Aufklärung des vorigen Jahrhunderts wieder einzufügen. Eines wie das Andere ist in materieller wie in moralischer Beziehung stumpf und ohne belebende Kraft. Der Lebensnerv unserer Zukunft liegt in den reichen Errungenschaften der Wissenschaft. Die Aufklärung, die von ihr ausgeht, ist wie das Sonnenlicht von beschwender Wärme. Sie führt die alten Heiligthümer, aber sie führt neue und erhabnere auf, sie läßt die Stätte nicht leer und ausgebrannt, wie der flache Atheismus des vorigen Jahrhunderts.

Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnis! In diesen drei Worten liegt das ganze Geheimnis, wie aus unserer zerfahrenen Gegenwart eine solide Zukunft hervorgehen soll. Mit jedem Schritt zur Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnis ebnet ihr den Boden für die Neugealtungen der Zeit. Unwissenheit und Halbbildung nähren den Aberglauben und die Vorurtheile, die an allen unseren Verhältnissen wie fressendes Gift sehn. Das einzige Heilmittel gegen dieses Uebel ist die Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnis, einer Erkenntnis, die, weil auf Wahrheit begründet, auch die Gewissheit des Sieges in sich trägt, und käme er auch nur mit der Langsamkeit des Wassertropfens, der zuletzt doch den Felsen höhlt. Wo die reine Erkenntnis des Wissens Platz greift, da fallen Vorurtheile und Aberglauben, und sind diese geschwunden, so ist auch der Quell aller verkehrten Sitten und verrotteten Zustände verstopft.

Von diesem Gesichtspunkte aus kann man das Unternehmen der schlesischen Gesellschaft gewiß nur freudig begrüßen, und die Vorträge auf das Angelegentlichste der Theilnahme des Publikums anempfehlen.

Die Vorträge sind Sonntag den 18ten mit einem Vortrage des Herrn Professor Stenzel eröffnet worden. Ein ziemlich zahlreiches Publikum von Damen und Herren hatte sich in dem Saale eingefunden. Herr Stenzel wird an sechs hintereinander folgenden Sonntagen die Geschichte Europas in den Jahren von 1807—1813 erzählen.

Der Redner leitete seinen ersten Vortrag mit der Bemerkung ein, daß er eigentlich die Absicht gehabt, die Geschichte des 19. Jahrhunderts in drei Winter-Semestern, und demgemäß im gegenwärtigen die Geschichte von 1801 als vorzutragen. Die Periode von 1801 bis 1807 habe jedoch so viel Demüthigendes und Erniedrigendes für Preußen, daß er es sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen unseres Vaterlandes nicht zutraute, jene Geschichte mit der nöthigen Ruhe entwickeln zu können. Er habe daher die Geschichte von 1807—13 gewählt, in der sich bereits die Keime einer besseren Zukunft zeigen.

Es versteht sich wohl von selbst, daß die ereignisreiche Geschichte dieser 6 Jahre unmöglich in 6 Stunden mit Vollständigkeit erzählt werden kann. Der Redner bedarf sonach gar nicht der Nachsicht, um die er für etwaige Unvollständigkeit in seinen Vorträgen bat. Im Gegentheil; ein zu großes Detail würde dem Zwecke dieser Vorträge nur hinderlich sein. Unter „wissenschaftlicher Erkenntnis“ in der Geschichtserzählung verstehe ich nämlich die Erkenntnis der leitenden Idee der Geschichte, die Erkenntnis des tiefen, innern Zusammenhanges in den Ereignissen und Schicksalen der Zeit. Ein Geschichts-Vortrag „zur Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnis“ wird den Haupt-Accent auf den leitenden Grundgedanken einer Geschichtsperiode legen, denselben in der Erzählung konsequent verfolgen und die unwesentlichen, wenn auch interessanten Details völlig außer Acht lassen. Das Publikum soll zum Denken angeregt werden; die Unterhaltung ist Nebensache.

Herr Prof. Stenzel gab in dem ersten Vortrage ein Bild von dem Zustande der Regierungen in Europa um die Zeit des Wiener Friedens. Dieser Zustand wäre jenseit so trügerisch, die Fürsten jenseit so unzurechnungsfähig gewesen, daß es gar nicht Wunder nehmen konnte, wenn ein Mann wie Napoleon diese Fürsten wie seine Bedienten behandelte.

Der Redner entwickelte ferner das Motiv des Bündnisses zwischen Napoleon und Alexander, nachdem er diese zwei hervorragenden Persönlichkeiten jener Zeit in ihren Hauptbestrebungen skizziert hatte. — Der letzte Theil des Vortrages handelte von dem napoleonischen Continental-System gegen England und von den Verwicklungen, welche dieses System zwischen Napoleon und den andern Mächten hervorrief.

Der Vortrag dauerte fast zwei Stunden. M. R.

[Theater.] Donnerstag den 21. findet das Benefiz des Regisseurs Herrn Meyer statt. — Zu dieser Vorstellung hat Herr Meyer eine große Zauberposse gewählt, die in Wien, Hamburg, Leipzig, Berlin unzählige Vorstellungen erlebt hat, und ist dieselbe von dem Benefizianten für die hiesige Bühne besonders lokalisiert worden. Die Posse bietet des Unterhaltenden im Ueberflusse; Gesang, Tanz, Gruppierungen und Evolutionen wechseln fortwährend ab. Die Ausstattung ist von besonderer Pracht und der glänzendsten „Zauber-Posse“ angemessen. Wir wünschen dem als Schauspieler wie Regisseur vielfach verdienstlichen Benefizianten eine recht zahlreiche Theilnahme des Publikums.

§ Breslau, 19. Nov. [Schwurgerichts-Sitzung.] Die unterzeichnete Karoline Forchner, welche im Frühjahr d. J. dem Buttenhändler Tüber ein Käschen Butter im Werthe von 1 Mthl. entwendet hat, wird wegen vierten Diebstahls zu lebenswärtigem Zuchthaus verurtheilt.

Mannigfaltiges.

(M. mel., 14. November.) Dem Vernehmen nach sollen bei den kürzlich stattgehabten hiesigen Stürmen, an dem russischen Gesandten von Polangen ein Bauwerk Schiffes geschleitet sein. Man hört von vielen Zeichnungen, welche das empörte Element an die dortigen Ufer geworfen. — Das Dampfboot Friedrich Wilhelm IV., welches sonst in der Woche mehrere Fahrten nach Königsberg machte, beschränkt sich jetzt nur auf eine wöchentliche, da der Weg von Stranz — seinem Landungsplatz — bis Königsberg gar zu schlecht geworden.

(Fischer-Blg.)

(Paris, 15. Novbr.) Der Dreißiger Balm wäre fast in die Luft gesprungen. In offener See explodirte ein Theil seines Pulvervorraths. Die Ursache und Näheres sind unbekannt. Zwanzig Menschen sollen todt und schwer verwundet worden sein. Das Schiff, dessen Inneres ganz zertrümmert ist, kam mit genauer Noth in den Hafen von Brest.

(Ein Retrut des 4. Dragoner-Regiments), welcher seiner Geliebten sein Portrait als Krieger nach der Heimath senden wollte, erhielt von einem lustigen Kameraden die Weisung, nur zu Horace Vernet zu gehen, wo man Portraits zu Fuß und zu Pferde haben könne und nur 30 Sous bezahle. Der Retrut erparte die Summe und stellte sich bei dem berühmten Maler ein. Dieser merkte den Spaß, ging darauf ein, sah sich seinen Mann an und bestellte ihn nach drei Tagen. Zur bestimmten Zeit erhielt der Retrut sein Portrait zu Fuß, zahlte 30 Sous, erhielt aber von Horace Vernet 25 Franken, um einen Rahmen zum Bilde zu kaufen.

Versammlung der Stadtverordneten am 21. November.

Verzeichniß der wichtigeren Vorlagen:

1. Mittheilung, betreffend die Einrichtung eines besonderen Exekutions-Büreau bei dem hiesigen k. k. Stadtgericht.
2. Bescheid des Herrn Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten auf die Vorstellung wegen der direkten Beiträge der Gewerbetreibenden zum Bank-Gerechtigkeiten-Ab-lösungs-Fond.

Theater-Nachricht.

Mittwoch den 20. Novbr. 45te Vorstellung des vierten Abtheilungs von 70 Vorstellungen.

„Die Hugenotten.“ Große Oper in 5 Akten, Musik von Meyerbeer. Bei ausverkauftem Abonnement. Zum Benefiz des Regisseurs Herrn Meyer. Zum ersten Male: „Herr Piepmeyer“, oder: „Die Weltreise eines Breslauer Kapitalisten.“ Zauberposse mit Gesang, Tanz und Gruppierungen, in 3 Akten, bestehend aus einem Vorspiel, sechs Bildern und einem Nachspiel, von Karl Glatz. Musik von Adolph Müller. Für die Breslauer Bühne eigends eingerichtet.

Verlobungs-Anzeige. Die heute vollzogene Verlobung unserer ältesten Tochter Clara mit dem Herrn Rittersgutsbesitzer Julius Baum, geben wir uns die Ehre hierdurch, statt jeder besonderen Meldung, ergebenst anzukündigen. Stettin, den 17. November 1850. Der Bau-Ingenieur R. Kimmann nebst Frau.

Verbindungs-Anzeige. Unsere gestern vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir hiermit unsern Verwandten und Bekannten, statt jeder besonderen Meldung, ergebenst an. Glogau, den 17. November 1850. Hoffmann, Hauptm. u. Kompagnie-Chef im 6. Infanterie-Regiment. Laura Hoffmann, geb. Gervelle.

Todes-Anzeige. Heute Morgen um 5 Uhr entging uns der Tod nach 24 stündigen Leiden unser liebes Töchterchen Clara in einem Alter von 1 Jahr 2 Monaten, welches tiefbetrübt allen Freunden und Verwandten, um stille Theilnahme bittend, ergebenst anzeigen: M. Ziel, Leutnant u. Rechnungsführer des 4. Husaren-Regiments. M. Ziel, geb. Müller. Dels, den 18. November 1850.

Todes-Anzeige. Heute Nachmittag 4 Uhr starb unsere innigst geliebte Tochter Josepha Rentwig in dem blühenden Alter von 19 Jahren 2 Monaten und 8 Tagen nach den Folgen einer am 14. September 1847 erfolgten Gehirnverletzung. Tiefbetrübt zeigen wir dies, falls besonderer Meldung, unsern entfernten Verwandten und Freunden um stille Theilnahme bittend, hiermit ergebenst an. Hainfeldeburg, den 17. November 1850. Joseph Vogel, Maurermeister. Johanna Vogel, früher verehelichte Gastwirth Rentwig.

Historische Section. Donnerstag, den 21. Novbr., Abends 6 Uhr. Herr R. Sacke: Ueber Joachim Lelewel und dessen Vorlesungen über allgemeine Geschichte. Sonnabend den 23. November.

Erstes grosses Concert des akadem. Musikvereins.

Donnerstag den 21. November.

Grosses Concert der Gebrüder

Anton von Kotski,

Kammer-Pianist Ihrer Majestät der Königin von Spanien, wirkliches Mitglied der Musik-Akademien zu Paris, Rom und Lissabon etc., und

Appollinari von Kotski,

Dr., Musikdirektor und Ehrenmitglied mehrerer Akademien und Universitäten zu London, Königsberg, Breslau, München und Krakau etc., unter gütiger Mitwirkung

des akademischen Musikvereins

im Musiksaale der Universität.

Anfang 7 Uhr.

Billets à 1 Rtl. sind in den Musikhandlungen der Herren Bote u. Bock, Scheffler und Schuhmann zu haben.

Ich wohne Klosterstraße Nr. 11. Dr. Asch Jan.

Berichtigung. In einer der letzten Nummern dieser Zeitung wurde unter „Ludwig, Agrarische“ gefolgt, daß ich bei der Abweisung der Kolonie Erdmannshagen, Gerichthaus Lubkau, den Kolonisten 12 Morgen, und zwar 6 Morgen Gutsbesitz und 6 Morgen bestandesreiches Feld als Entschädigung für die Waldberechtigungen angeboten habe. Diese Angabe ist eben so unrichtig, als daß die Verpflichtungen der Kolonisten nur in einer jährlichen Rente von drei Thaler bestehen.

Verloren bei Tarnowitz D. S. den 16. November 1850.

Gr. Hensel-Donnersmarkt.

Ein gut erhaltenes Clavier wird zu kaufen oder leihen gesucht. Näheres Friedr. Wilhelmstraße Nr. 3 per terro zu erfragen.

3. Uebersicht der Produktion des Bergwerkes, Hütten- und Salinen-Betriebes im preussischen Staate für das Jahr 1849.

4. Ueber die Verpachtung des Düngers und der Schorrede auf den Abtragungsplätzen am Viehmarkt, hinter dem Salzmagazin und vor dem Ziegelthore.

5. Ankauf eines Ackerstücks an der Berliner Thor-Barriere, zur Anlage eines Friedhofes für die Kirche zu St. Barbara.

6. Ernennung einiger Deputirten zur Abnahme der in diesem Jahre ausgeführten Pflasterungen.

7. Antrag der hiesigen christlich-holländischen Gemeinde um fernere unentgeltliche Ueberlassung des Schul-Lokals in der Paradies-Kaserne.

8. Bewilligung von Remunerationen, Pensionen und Verstärkungen unzulänglicher Stabspositionen.

9. Uebertragung der Verwaltung des Kirchenvermögens bei den Kirchen zu Domelau, Herrnprosch und Nienberg an die Gemeinde-Kirchen-Räthe.

10. Gutachten der hiesigen Finanz-Deputation über die Beibehaltung der Lantime als eines Theiles des Einkommens einer Anzahl städtischer Beamten.

11. Umwandlung der bisher besonders erhobenen Armenbeiträge in einen Steuer-Zuschlag.

12. Allgemeine Vertheilung der Einkunftssteuer.

13. Bildung des Stamm-Kapitals der hiesigen Bank.

Der Vorsteher Dr. Gräber.

Israelit. Handlungsbücher-Institut.

Mittwoch den 20. d. M., dritter Vortrag des Herrn Bernhard Friedmann.

Substitutions-Bekanntmachung.

Zum notwendigen Verkauf des hier Nr. 6 der Matthias-Strasse belegenen, dem Erbverwalter Johann Traugott Julius Kutta gehörigen, auf 6687 Mthl. 24 Sgr. 6 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf den 20. Februar 1851, Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtrichter Rath Frisch in unserem Parteilzimmer anberaumt.

Eare und Hypotheken-Schein können in der Substitutions-Registatur eingesehen werden. Zu diesem Termine werden der Erbverwalter Kutta und der Kammerhändler Ferdinand Kalk hierüber vorgelesen.

Breslau, den 16. Juli 1850. Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Substitutions-Bekanntmachung.

Zum notwendigen Verkauf des hier Nr. 3 der Matthias-Strasse Nr. 33 belegenen, dem Gastwirth August Wollmer gehörigen, auf 24,053 Mthl. 17 Sgr. 6 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf den 20. März 1851, Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtrichter Rath Frisch in unserem Parteilzimmer anberaumt.

Eare und Hypotheken-Schein können in der Substitutions-Registatur eingesehen werden. Zu diesem Termine werden der Gastwirth Kutta und der Kammerhändler Ferdinand Kalk hierüber vorgelesen.

Breslau, den 16. Juli 1850. Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Substitutions-Bekanntmachung.

Zum notwendigen Verkauf des hier Nr. 1 der Schillingstrasse belegenen, dem Maurer-Polster Johann Franz Schmeitert gehörigen, auf 6688 Mthl. 12 Sgr. 3 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf den 20. Dezember 1850, Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtrichter Rath Frisch in unserem Parteilzimmer anberaumt.

Eare und Hypotheken-Schein können in der Substitutions-Registatur eingesehen werden. Breslau, den 8. Mai 1850. Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Öffentliches Aufgebot.

Am 5. Mai d. J. ist auf einer kleinen Insel in der alten Oder zwischen der Restenbaler- und Hundsfelder-Brücke ein Stück Boden, dessen Umfang 6 1/2 Pfd. gefunden worden. Zur Ermittlung des unbekannten Eigentümers derselben haben wir einen Termin auf den 21. Dezember d. J., Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtrichter Rath Frisch in unserem Parteilzimmer Nr. 2 anberaumt, zu welchem der unbekannte Verlierer resp. Eigenthümer des Fundes nachgeliefert werden soll, unter der Warnung, hiermit vorgelesen wird, daß er im Fall seines Ausbleibens seines Eigentums (oder sonstigen Rechte) verlustig gehen und mit Zuschlag der gefundenen Sache nach Vorchrift der Breslau verfahren werden wird.

Breslau, den 20. September 1850. Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Substitutions-Bekanntmachung.

Zum notwendigen Verkauf des hier Nr. 15 in der Hofstraße Nr. 20 belegenen, dem Buchhalter Anton Krawitz (früher Adolph Krawitz genannt) gehörigen, auf 2058 Mthl. 3 Sgr. 6 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf den 21. Januar 1851, Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtrichter Rath Frisch in unserem Parteilzimmer Nr. 10 anberaumt.

Eare und Hypotheken-Schein können in der Substitutions-Registatur eingesehen werden. Breslau, den 9. Sept. 1850. Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Substitutions-Bekanntmachung.

Zum notwendigen Verkauf des hier Nr. 15 in der Hofstraße Nr. 20 belegenen, dem Buchhalter Anton Krawitz (früher Adolph Krawitz genannt) gehörigen, auf 2058 Mthl. 3 Sgr. 6 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf den 20. Februar 1851, Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtrichter Rath Frisch in unserem Parteilzimmer anberaumt.

Eare und Hypotheken-Schein können in der Substitutions-Registatur eingesehen werden. Zu diesem Termine werden auch die unbekannten Realprätendenten zur Vernehmung der Ansprüche mit ihren Ansprüchen hierüber vorgelesen.

Breslau, den 30. Juli 1850. Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Öffentliche Vorladung.

Ueber den Nachlaß des Königl. Hauptmanns und Real-Kontrollen Albert Wolff ist der erbliche Liquidations-Prozess eröffnet, und ein Termin zur Anmeldung und Nachweisung der Ansprüche aller unbekannten Gläubiger auf den 21. Dezember 1850, Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtrichter Rath Frisch in unserem Parteilzimmer Nr. 10, anberaumt worden.

Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird aller seiner Vorrechte verlustig erklärt und sein Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben sollte, verwiesen werden.

Breslau, den 10. Septbr. 1850. Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

